

Öffnung des Debattenraumes und Aufarbeitung der Coronamaßnahmen

Sehr geehrte Damen und Herren,

inzwischen hat sich mit der Veröffentlichung der geleakten RKI-Protokolle bestätigt, dass es sich während der Coronakrise nicht um evidenzbasierte, sondern um politisch getriebene Maßnahmen gehandelt hat.

All die gesundheits-, freiheits- und grundrechtsmissachtenden Maßnahmen erscheinen nun in einem ganz anderen Licht.

Sowohl die gutgläubigen Maßnahmenbefürworter als auch die Maßnahmenkritiker wurden von führenden Politikern betrogen.

Es hat sich nun im Nachhinein gezeigt, dass eine offene Diskussion während der Coronakrise absolut notwendig gewesen wäre, auch, um dem gegenwärtigen Prozess einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. De Facto wurde der Diskussionsraum während der Coronakrise geschlossen. Eine kleine Gruppe von Politikern und Wissenschaftlern hat den Diskurs bestimmt und in den „Leitmedien“ wurde kontinuierlich Angst verbreitet und ein Klima der Alternativlosigkeit vermittelt, um die gutgläubige Öffentlichkeit zu manipulieren.

Eine Aufarbeitung der Hintergründe der Corona-Maßnahmen ist unabdingbar und kann nur unter wesentlicher Einbeziehung der frühen und bis heute in den Leitmedien nicht präsentierten oder diffamierten Maßnahmenkritiker erfolgen. Der Debattenraum darf nicht wieder von den gleichen Interessengruppen bestimmt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass es nur zu einer scheinbaren Aufarbeitung kommt und wesentliche Hintergründe nicht oder nur verfälscht herausgearbeitet werden.

Die genutzten Manipulationsmuster, die involvierten Institutionen und Netzwerke müssen identifiziert und öffentlich gemacht werden, um weiteren künftigen, gegen die Bevölkerung gerichteten Geschehnissen vorzubeugen.

Wir denken, dass es höchste Zeit ist, die tatsächlichen Ursachen der bedrohlichen Entwicklungen zu diskutieren. Unterschiedliche Sichtweisen sind in solch einem Diskurs wichtig und sollten nicht zu gesteuerter Diffamierung und Ausgrenzung führen. Wir sollten die Geschehnisse der letzten 4 Jahre als Ausgangspunkt für dringend notwendige gesellschaftliche Veränderungen nutzen. Hierbei meinen wir nicht weitere Regulierungen und öffentliche gut klingende Lippenbekenntnisse.

Beginnen wir mit der Öffnung des Debattenraumes, in dem öffentliche, ehrliche und respektvolle Diskussionen wieder möglich werden.

Der Vorstand
dieBasis
Kreisverband Osnabrück